

Vorschläge für zukünftige Koalitionen in der Hamburgischen Bürgerschaft

Einleitung

Deutschland hat in jüngster Zeit bereits zahlreiche Krisen mehr oder weniger erfolgreich bewältigt und es ist klar, dass weitere Herausforderungen bevorstehen. Das Vertrauen der Bevölkerung in Institutionen, ja sogar in die Demokratie selbst, hat gelitten. Weltweit werden Demokratien zunehmend von innen und außen angegriffen. Der Umgang miteinander hat in bestimmten gesellschaftlichen Gruppen besorgniserregend aggressivere Formen angenommen, bis hin zu Hass, Hetze und physischen Angriffen. Dies muss gestoppt werden. Um diese Herausforderungen als friedliche Stadtgesellschaft robust zu bewältigen und die notwendige Transformation in Vielfalt und mit vereinten Kräften anzugehen, müssen Individuen, Familien, Organisationen und demokratische Institutionen die Fragen beantworten: "Was muss sich ändern, damit unsere Gesellschaft mit den Herausforderungen fertig wird? Was ist mein/unser Beitrag dazu, dass das Gemeinsame wirklich gelingt? Aber auch: Wie müssen sich Politik und Verwaltung auf die Zukunft umstellen?"

Dazu bedarf es einer gemeinsamen Orientierung

Die beste Orientierung für das gemeinsame Handeln liefern weiterhin die 17 von fast allen Staaten unterzeichneten Nachhaltigkeitsziele der **Agenda 2030** und das **Pariser Klimaabkommen der Vereinten Nationen**. Sie bieten umfassende, weltweit anerkannte Leitlinien für soziales, ökologisches und ökonomisches und für das Regierungshandeln. Das **Ziel 16 "Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen"** - das Ziel guter Regierungsführung - gilt als Schlüssel für das Erreichen der anderen Nachhaltigkeitsziele. Daher empfehlen wir allen zukünftigen Koalitionsregierungen, sich in ihren Koalitionsverträgen insbesondere auf folgende Grundsätze zu einigen:

Appell an zukünftige Regierungen der Freien und Hansestadt Hamburg

1. Anwendung der Prinzipien von Open Government Partnership (OGP)

Um gute Regierungsführung zu fördern und die Demokratie zu stärken, hat sich die Bundesrepublik Deutschland 2016 zusammen mit derzeit 74 anderen Staaten dem Open Government Partnership angeschlossen und sich den Prinzipien des Open Government verpflichtet. Dabei geht es - ähnlich wie beim Ziel 16 der Agenda 2030 - insbesondere um Transparenz, Partizipation, Rechtsstaatlichkeit, Inklusion, Zugang zu Justiz, Integrität und Korruptionsbekämpfung - kurz: um Weiterentwicklung und Stärkung der Demokratie. Auf Bundesebene und in einigen Bundesländern werden bereits eine Reihe von Vorhaben umgesetzt. Auch die Hansestadt Hamburg hat sich den OGP-Prinzipien verpflichtet, beteiligt sich als Kommune erstmalig mit einem Projekt an der Open Government Partnership und wendet in einigen Bereichen die Prinzipien bereits an. Dies begrüßen wir sehr.

Um maximale Wirkung zu erzielen, sollten weder einzelne Open-Government-Initiativen noch ausgewählte Open Government-Prinzipien isoliert existieren, sondern ein regierungsübergreifender Ansatz verfolgt werden, der über alle Ressorts und über alle Verwaltungsebenen hinweg gilt.

Um die Open Government-Prinzipien, die grundlegend für eine entwickelte Demokratie sind, nicht nur auf einzelne Projekte anzuwenden, ist es von zentraler Bedeutung, dass sich Hamburg im Artikel 56 der Hamburgischen Verfassung nicht nur auf Transparenz und Bürgernähe beschränkt, sondern die Prinzipien von Open Government Partnership in vollem Umfang aufnimmt. Dazu sollte die Freie und Hansestadt Hamburg eine Open Government-Strategie¹ entwickeln, die sich nicht auf einzelne Projekte und auf eine Legislaturperiode beschränkt. Die Open Government-Strategie muss eine langfristige Orientierung bieten und eine verlässliche Grundlage für die Zusammenarbeit mit der

Wirtschaft, der organisierten Zivilgesellschaft und den Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs über Legislaturperioden hinweg bilden. Eine solche Open Government-Strategie könnte ein Bestandteil der Hamburger Nachhaltigkeitsstrategie sein.

Für das Erarbeiten einer Open Government-Strategie bietet die OECD gute Anleitungen und die Open Government Partnership gute Beispiele. Die Hamburger Einrichtungen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft bringen gewiss ihren Beitrag gern ein. Mehr Demokratie e.V. unterstützt als zivilgesellschaftliche Organisation diesen Ansatz und würde es begrüßen, wenn neue Regierungsvorhaben in Hamburg von vornherein nach den Verfahren des Open Government durchgeführt werden und somit eine frühzeitige Beteiligung der Stadtgesellschaft und der Bürger möglich wird.

2. Transparente Umsetzungspläne für Regierungsvorhaben

Koalitionsverträge in Hamburg umfassen Regierungsvorhaben für ganze fünf Jahre. Eine effiziente Arbeitsweise der Regierung und Verwaltung ist nur durch ein planmäßiges Vorgehen möglich. Die Regierung sollte transparente Vorhabenlisten mit Zeitplänen aufstellen, wann die Arbeit an einem bestimmten Vorhaben beginnen soll. Eine fundierte Beteiligung der Zivilgesellschaft und der Bürgerinnen und Bürger ist nur möglich, wenn die Stadtgesellschaft weiß, wann die Regierung an welchen Themen arbeiten wird und sich termingerecht vorbereiten kann. Pläne können sich zwar aus vielen Gründen ändern, das ist normal. Die Veränderungen und ihre Gründe sollten jedoch aus den Vorhabenlisten erkennbar sein.

Zur Verbesserung der Transparenz sollte darüber hinaus vereinbart werden, in allen künftigen Gesetzen die Ziele zu definieren, die mit ihnen erreicht werden sollen und Kriterien, anhand derer die Zielerreichung ausgewertet werden kann.

3. Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Zivilgesellschaft

Noch in dieser Legislaturperiode muss gesetzlich geregelt werden, dass für die Zusammenstellung von Bürgerräten und anderen dialogbasierten Beteiligungsformaten ein Losverfahren mit Zugriff auf das Melderegister möglich wird.

In künftigen Koalitionsverträgen sollte das Regelwerk für die dialogische Bürgerbeteiligung bei Regierungsvorhaben institutionalisiert werden. Dies gilt insbesondere für das Einberufen von Bürgerräten - neben Enquete-Kommissionen oder in Kombination mit ihnen - für wichtige und komplexe politische Fragen.

Darüber hinaus sollten zukünftige Koalitionsverträge den Einsatz von Bürgerräten auch in Kombination mit Enquete-Kommissionen und Verfahren der direkten Demokratie unterstützen.

4. Auflösung von Blockaden bei der Abstimmung im Bundesrat

Koalitionsregierungen in den Bundesländern enthalten sich im Bundesrat bei Uneinigkeit unter den teilweise mehreren Koalitionspartnern. Dies schränkt die Handlungsfähigkeit der demokratisch legitimierten Legislative zunehmend ein.

Wir schlagen vor, dass der Einsatz von Mediatoren vereinbart wird, wenn sich die Koalitionspartner innerhalb der geplanten Frist für ein Vorhaben nicht auf einen Kompromiss einigen können. Die Empfehlungen, die in Bürgerräten auch ein Ergebnis von Aushandlungen sind, könnten dabei helfen, Dissens zwischen Koalitionspartnern aufzuweichen oder gar aufzulösen. Denn "Das Wesen der Demokratie ist ein Kompromiss." (Willy Brandt) Große Unzufriedenheit in der Bevölkerung entsteht durch Nichthandeln der Regierung, weil eine Einigung der Koalitionäre nicht möglich ist. Das sind

Situationen, in denen man auf den Souverän zurückgreifen kann. Bevor sich die FHH in länderübergreifenden Gremien wegen nicht gefundenen Kompromisses enthält und so die Entscheidung anderen überlässt, sollte sie den Einsatz von Mediation, eines Multi-Stakeholder-Forums oder eines möglichst repräsentativen Bügerrats einholen.

Juni 2024

¹ Design an open government strategy or initiative <https://oecd-opsi.org/guide/open-government/design-an-open-government-strategy-or-initiative/>

Mehr Demokratie ist mit mehr als 10.000 Mitgliedern und rund 200.000 Interessentinnen und Interessenten die wohl größte Nichtregierungs-Organisation für direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung weltweit. Der gemeinnützige Verein versteht sich als Fachverband und Bürgerbewegung und arbeitet überparteilich. Mehr Demokratie hat rund 40 Mitarbeitende und ist mit Landesverbänden in allen Bundesländern vertreten. Ein Kuratorium mit Personen aus Wissenschaft, Kultur und Politik berät den Verein. Mehr Demokratie ist Gründungsmitglied von Democracy International und Schwesterorganisation des OMNIBUS für direkte Demokratie.